
Beginn Vernehmlassung Entlastungsmassnahmen 2015–2017: Rasche Trendwende nötig – Ausgabenzuwachs strukturell und nachhaltig abbremmen

Dr. Daniel Heller, Grossrat, Fraktionspräsident, Erlinsbach
E-Mail: heller@farner.ch



Die FDP unterstützt die Leistungsanalyse. Der Kanton lebt seit längerem massiv über seine Verhältnisse. Das Ausgabenwachstum liegt deutlich über dem Wirtschaftswachstum, der Stellenzuwachs ist horrend (mit plus 830 Stellen zwischen 2008/12). Die Staatsquote wurde auf unverantwortliche Art und Weise erhöht – um fast einen Prozentpunkt. Es darf nicht sein, dass der Aargau wieder neue Schulden macht. Es geht nicht um „Sparmassnahmen“, es geht um eine Trendwende beim überbordenden Zuwachs von Stellen, Ausgaben und Aufgaben. Der Regierungsrat ist eingeladen, Prozesse und Methoden in der Verwaltung und in der Schule zu optimieren. Nur so können nachhaltige Einsparungen gemacht werden. Es ist inakzeptabel, nur an der „Kundenfront“ Leistungen abzubauen und die aufgeblasenen Zentralverwaltungen der Departemente zu verschonen – auch dort sind die reichlich geschaffenen Stellen wieder zu reduzieren.

Eine anhaltende exponentielle Entwicklung von Personal und Ausgaben beim Staat ist mittelfristig untragbar – finanziell wie strukturell. Über die ganze Planperiode steigen die Steuereinnahmen parallel zum Wirtschaftswachstum – die Staatsausgaben hingegen exponentiell. Jetzt braucht es eine Kurskorrektur. Bei dieser Gelegenheit sind Prozesse und Methoden in der Verwaltung und in der Schule so zu optimieren, dass die strukturellen Probleme nachhaltig gelöst werden.

Wer einzelne Massnahmen herausbrechen will, soll Ersatzmassnahmen benennen

Bereits haben mannigfaltige Interessengruppen Widerstände gegenüber gewissen Leistungsverzichtsmassnahmen angekündigt. Der Regierungsrat muss nun die Nachhaltigkeit der von ihm beantragten Massnahmen aufzeigen. Die Kritiker wiederum können im Vernehmlassungsverfahren alternative Massnahmen vorschlagen. Das erwartet die FDP von allen, die sich gegen Leistungsverzichte engagieren. Denn die aktuelle Misere resultiert aus einem überbordenden Zuwachs von Aufgaben und Stellen. Die FDP-Fraktion hat schon früher darauf hingewiesen, dass der Bestand beim Verwaltungspersonal seit 2008 um 22 Prozent gewachsen ist (um Total 830 Stellen), das sind mehr als 150 Stellen pro Jahr. Es gab ein enormes Wachstum bei Gerichten (+136.40) und im Departement des Inneren DVI (+225.25). Die Leistungsüberprüfungen sind darum dringend nötig.

Die freisinnige Fraktion unterstützt den Regierungsrat darin, jetzt mit einer markanten Abbremsung des Ausgabenwachstums das Aufgaben- und Ausgabenwachstum in den Griff zu bekommen und damit die Planzahlen für die nächsten Jahre in Ordnung zu bringen. Die FDP begrüsst darum die vom Regierungsrat vorgesehene Leistungsanalyse. Sie erwartet, dass der Regierungsrat die Auswirkungen und Nachhaltigkeit der einzelnen Massnahmen im nun anlaufenden Meinungsbildungsprozess aufgezeigt werden. Wo Verzichts-Massnahmen nicht nachhaltig oder nicht mehrheitsfähig sind, sind Alternativen aufzuzeigen. Die aufgeblähte Verwaltung – etwa im Bildungsbereich oder beim Departement des Innern – bietet Raum für alternative Abbaumassnahmen. Steuererhöhungen sind für den Freisinn ebenso wenig denkbar, wie eine Verschuldung. Wo diese Politik endet, zeigen Portugal, Griechenland, Italien und Spanien.
